

Zeit besuchten Sportlerdelegationen aus 38 Ländern, darunter 9 Länder, die mit China keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, die Volksrepublik. Tischtennismannschaften aus 31 Ländern Asiens nahmen an den ersten Asiatischen Tischtennismeisterschaften in Peking teil.

Auch der Außenhandel sei beachtlich. China unterhalte heute "mit über 130 Ländern und Regionen der Welt" Handelsbeziehungen. In den ersten neun Monaten ds.Js. habe China 24 Handelsdelegationen und Delegierte nach 21 Ländern und Regionen entsandt. In der gleichen Zeit seien 84 Wirtschafts- und Handelsdelegationen, sowie Repräsentanten von Handelskreisen aus 30 Ländern und Regionen nach China gekommen. China habe Handelsabkommen und -protokolle mit 26 Ländern unterzeichnet, - mit der Folge, daß die Zunahme des Handelsvolumens größer sei als im vergangenen Jahr. Chinesische Hochseeschiffe liefen Häfen in 62 Ländern und Regionen aller fünf Kontinente an. Groß sei auch die Zahl der Besucher bei der Frühjahrs-Exportmesse in Canton gewesen. Darüber hinaus habe China in den vergangenen Monaten an einer Reihe von Wirtschafts- und Handelsausstellungen im Ausland teilgenommen und zahlreiche Länder eingeladen, Ausstellungen in Peking oder anderen Städten des Landes zu veranstalten.

INNENPOLITIK

(34) Neues Interview mit Chou En-lai

Bei einem Interview mit einer aus 22 Journalisten bestehenden Delegation der "Amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsverleger" unterhielt sich Chou En-lai am 9. Oktober von 22,30 Uhr bis 2,10 Uhr am nächsten Morgen.

Dabei sprach er u.a. folgende fünf Punkte an:

1. Kollektive Führung: China bereite sich schon jetzt auf ein kollektives Führungssystem vor, das eines Tages die alte Mao-Chou-Ära beenden solle. Wer dieser Führung angehören wird, wurde nicht klar. Es fiel allerdings immer wieder der Name eines Mannes, der mit zu dieser Gruppe gehören dürfte, nämlich Yao Wen-yüan, enger Verbündeter der Mao-Gattin Chiang Ch'ing und vermutlich auch Schwiegersohn des Vorsitzenden. Auf Lin Piao angesprochen, meinte Chou "Wie kann ein so großes Land mit so vielen Problemen nur einen einzigen Nachfolger haben?" Er verwies in diesem Zusammenhang auf Tausende von jüngeren und im mittleren Alter stehenden Parteiangehörigen, die z.T. schon seit 30 Jahren Mitglieder der Partei seien. (Zur Lin Piao-Affäre vgl. Dokumentenanhang).
2. Das Taiwan-Problem: Chou legte einen Stufenplan vor, der für die schrittweise Übernahme der Provinz Taiwan maßgebend sein könnte. Dabei deutete er auf die sino-kommunistischen Erfahrungen auf dem Festland seit 1949 hin. Die Kommunisten hätten hier während der ersten sieben Jahre alle jene kapitalistischen Unternehmen in ihren Betrieben weiterbeschäftigt, deren die Volkswirtschaft bedurft habe. In den darauffolgenden zehn Jahren habe der Staat den ehemaligen kapitalistischen Eigentümern der Betriebe 5% des enteigneten Kapitalwertes bezahlt. Seit 1966 schließlich bekämen die ehemaligen Kapitalisten als Angestellte des Staates die üblichen Löhne. Ein ähnlicher Stufenplan könne auch für Taiwan maßgeblich sein. "Vielleicht wird es dort sogar noch mehr Stationen des Überganges geben, aber im Augenblick kann ich noch nicht mehr darüber

sagen."

Es sei für die VRCh auch nicht besonders schwierig, den vollen Haushalt Taiwans von 800 Mio. US Dollar zu übernehmen. "Wenn wir die Provinz einmal übernommen haben, werden wir die Lasten des Volkes auf keinen Fall vermehren." Möglicherweise war dies ein Hinweis darauf, daß China die Steuern abschaffen und stattdessen Entwicklungsprojekte mit Hilfe von Subsidien statt mit Steuereinkünften finanzieren werde.

3. Wirtschaftsprobleme: Chou En-lai betonte, daß China nach wie vor die erste Stelle der Landwirtschaft, die zweite der Leichtindustrie und die dritte der Schwerindustrie einräume. Auch der Umweltschutz wurde angesprochen: Man habe nicht vor, die 1,7 Mio. Fahrräder in Peking durch Automobile zu ersetzen, selbst wenn dies möglich wäre. "Peking würde nämlich dann genauso verschmutzt sein wie New York, und man könnte sich wohl kaum noch auf den Straßen bewegen".
4. Chinas Verhältnis zur Sowjetunion: Der Ministerpräsident ließ durchblicken, daß die Sowjetunion für sein Land nach wie vor der Feind Nr.1 sei. Die sowjetischen Aktionen entlang der chinesischen Grenze seien provokativ. Im übrigen machte sich Chou über den Informationsdienst der Russen lustig. Die Japaner und die "CIA-Zweigstelle in Hong Kong" seien weit besser informiert als der Intelligence Service der Sowjetunion, obwohl Moskau die weit-aus größte Botschaft in Peking unterhalte. Was im übrigen die sog. "Expansionsgelüste Chinas" anbelange, so seien sie frei erfunden. Trotz der verheerenden Trockenheit in Nordchina, die nun schon neun Jahre lang anhalte, habe das Land im laufenden Jahr immerhin 250 Mio.t Getreide erzeugt und könne diese Menge auch noch erweitern. Seien doch gegenwärtig nicht mehr als 12-13% der gesamten Oberfläche Chinas landwirtschaftlich bebaut. Wozu also expandieren?
5. Zum Verhältnis mit den USA: Chou sprach sich positiv über den immer stärker werdenden Strom von Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Besuchern aus, die aus Amerika nach China kämen. Er selbst, Chou En-lai, und auch Mao Tse-tung könnten in absehbarer Zeit auf keinen Fall in die Vereinigten Staaten reisen, solange nämlich die Regierung Chiang Kai-shek dort noch immer ihre offizielle Vertretung unterhalte. "Vielleicht könnte ich gehen, wenn ich zurücktreten würde. Vielleicht werde ich auch als Mitglied der Tischtennismannschaft dorthin reisen." Wieder ernster werdend wies Chou darauf hin, daß China nicht am Aufbau gemeinsamer sino-amerikanischer Betriebe interessiert sei. Man habe seine "Joint Ventures"-Erfahrungen bereits mit der Sowjetunion gemacht. 1958 habe z.B. Chruschtschow, der damalige Sowjet-Premier, den Chinesen vorgeschlagen, gemeinsam mit China eine Marine aufzubauen, doch habe Mao, der hinter diesen Vorschlägen sofort die sowjetische Absicht erkannt habe, die chinesische Marine zu kontrollieren, ein solches Ansinnen zurückgewiesen (im einzelnen vgl. CSM, IHT und Times, alle 10.10.).

Die Andeutungen Chou En-lais gegenüber den 22 amerikanischen Journalisten zum Thema "kollektive Führung" nach Mao hatte in der westlichen Presse so starkes Echo ausgelöst, daß sich die Volkszeitung genötigt sah, einen ergänzenden Kommentar abzugeben. Am 13. Oktober widmete sie eine ganze Seite der Diskussion dieses Problems, ohne allerdings Namen zu nennen. Offensichtlich

im Hinblick auf die häufige Erwähnung des Namens Yao Wen-yüan bezeichnete sie es als falsch anzunehmen, daß bereits Vorentscheidungen über die künftige Führung getroffen worden seien. Es müsse darauf ankommen, nicht einen neuen, aus wenigen Persönlichkeiten bestehenden Führungskern aufzubauen, sondern vielmehr "Hunderttausende von Nachfolgern für die revolutionäre Sache" zu erziehen.

Daß Yao Wen-yüan nicht unbedingt ein sicherer Nachfolgekandidat ist, ging bereits aus einem Interview hervor, das Edgar Snow kurz vor seinem Tode mit Mao Tse-tung führte. Snow erzählte einigen Freunden, der Parteivorsitzende habe angedeutet, daß "neue junge Parteiführer vor allem von der Kreisebene her" ausgewählt würden, zumal die Kulturrevolution bewiesen habe, daß ja auch eine Führung durch Armeekreise nicht in Frage kommen könne.

Eines ist jedenfalls sicher: Yao kommt nicht aus den Breichen der "Kreisebene" (Observer, 14.10.).

(35) Nationalfeiertag

Am 1. Oktober feierte die VRCh den 23. Jahrestag ihrer Staatsgründung im Bewußtsein der bahnbrechenden außenpolitischen Erfolge, die das Zukunftsbild ganz Asiens in den nächsten Jahren verändern dürften. Kurz vorher waren die jahrzehntelangen Streitigkeiten zwischen Peking und Tokyo offiziell beigelegt worden.

Die gelassene Heiterkeit, in der dieses Jubiläum gefeiert wurde, strahlte die "ruhige Selbstsicherheit einer Nation aus, die sich von der Welt umworben und bestätigt sieht" (FAZ, 2.10.).

Die alte Praxis, wonach dem Nationalfeiertag ein offizieller Jubiläumsartikel gewidmet wird und die im letzten Jahr wegen der Lin Piao-Affäre zum ersten Mal mißachtet worden war (vgl. Übersicht Nr.36), wurde diesmal wiederaufgenommen. Der Leitartikel, der nach altem Brauch einen Rückblick über die Ereignisse des vorangegangenen Jahres gibt und zugleich auch Fingerzeige für die weitere Politik liefert, stellte besonders Chinas erfolgreiche Außenpolitik in den Mittelpunkt. Als größte Triumphe wurden die Zulassung Pekings zur UNO sowie die Verständigung mit den USA und Japan gefeiert. Nach wie vor werden jedoch der US-Imperialismus und der sowjetische Revisionismus als Hauptgefahr hingestellt.

Bereits am 29. September gab das Arbeitsbüro des Staatsrates zu Ehren von "über 700 Landsleuten aus Hong Kong, Macao und Taiwan, Auslandschinesen und Ausländern chinesischer Abstammung aus mehr als 30 Ländern der fünf Kontinente" einen Empfang. Yeh Chien-ying hielt die Ansprache, in der er besonders Taiwan in den Mittelpunkt stellte. Er freute sich besonders über die taiwanesischen Gäste. Die Massen der taiwanesischen Landsleute empfänden immer größere Sehnsucht nach dem sozialistischen Vaterland. Je mehr taiwanesischen Landsleute zum Festland reisten, desto besser. Alle Patrioten gehörten der gleichen großen Familie an. Selbst jene Landsleute, die in der Vergangenheit Unrecht begangen hätten, sich jedoch jetzt zum sozialistischen Vaterland bekennen, seien willkommen (NCNA, 28.u.29.9.).

Bei den Taiwan-Chinesen handelte sich um einige hundert Inhaber von Pässen, die durch die Taipei-Regierung ausgestellt sind, deren Besitzer aber in Japan, in Fernost oder in den USA leben.

(36) Besuch in der Volkszeitung

Ch'en Chün, ein führendes Mitglied der Pekinger "Volkszeitung" empfing am 30.10. eine Korrespondentengruppe, die den britischen Außenminister nach China begleit-

et hat. Ch'en erklärte unter anderem, daß die Volkszeitung täglich in Peking und neun anderen Städten gedruckt werde, eine Auflage von 3,4 Millionen erreiche und im letzten Jahr etwa 2 Mio. US Dollar Gewinn für den Staat eingebracht habe. Bei dem Rundgang durch Pekings größtes Zeitungshaus kam zur Sprache, daß der traditionelle Leitartikel vom 1. Oktober 1971 wegen des Lin Piao-Sturzes nicht habe erscheinen können (IHT, 21.10.).

(37) Geburtenbeschränkung

Zwei japanische Fachleute der IPPF (International Planned Parenthood Federation), die im April ds.Js. nach Peking gereist waren, veröffentlichten in der Zwischenzeit ihre Beobachtungsergebnisse. Ihre Schlußfolgerung: China hat das beste Familienplanungsprogramm der Welt. Hier einige ihrer Überlegungen: Ursprünglich hatte man in den Jahren von 1963 bis 1970 mit einem Wachstum der chinesischen Bevölkerung von 1,8% gerechnet. Nachdem jedoch nunmehr im UN Demographic Yearbook 1970 offizielle Zahlen bekanntgegeben wurden, hat sich herausgestellt, daß die Wachstumsrate nur bei 1% liegt (Vergleich: Weltwachstumsrate: 2,1; Brasilien 3%, Indien 2,5%, USA 1,5%, UdSSR 1,3% BRD und Japan 1%). Die Verdoppelungszeit der chinesischen Bevölkerung, die bei einer Wachstumsrate von 1,8% ungefähr 40 Jahre betragen hätte, dauert nun - bei 1% - etwa 70 Jahre.

Wie konnte Peking eine so erfolgreiche Politik durchsetzen?

Offiziell gibt es ja keine gesetzliche Beschränkung der Kinderzahl in der Familie. Auch Druckmittel der Behörden (z.B. in Form des Verlustes der Rationierungskarten) gehören in das Reich der Fabel. Warum also dieser Erfolg?

Die beiden Fachleute schreiben die drastische Reduktion der Geburtenzahl vor allem dem paramedizinischen Hilfsdienst der "barfüßigen Ärzte" zu sowie den Familienplanungsdiensten, die jedem Gesundheitszentrum, jedem medizinischen Dienstleistungszentrum in den Industriebetrieben und jedem Krankenhaus angeschlossen sind.

Als besonders plastisches Beispiel kann die Geburtenbeschränkung bei Angehörigen einer staatlichen Baumwollspinnerei nahe Shanghai gelten: Von den 4 864 Arbeiterinnen der Fabrik hatten sich 28,5% und von den 2 736 Arbeitern ebenfalls nicht weniger als 29% einer Sterilisation unterzogen. Jeder dritte Mann und jede dritte Frau hatte also eine nicht mehr rückgängig zu machende Präventivmaßnahme freiwillig über sich ergehen lassen. Weitere 470 Arbeiterinnen (10%) bedienten sich der Pille und 205 (4,2%) der Spirale. Angesichts dieser drastischen Selbsteinschränkung spielte der inoffiziell zugelassene Schwangerschaftsabbruch nur noch eine abnehmende Rolle (NZZ, 10.10.72).

(38) Pekings Luftschutzbunker-System

Kader der Zivilluftschutzbehörde haben ausländischen Korrespondenten erstmals Teile des riesigen Netzes von unterirdischen Luftschutzanlagen in Peking gezeigt. Die Anlage, über die bereits japanische Besucher im Vorjahr berichtet hatten (C.a. Sept.72, S.30), besteht aus einem System von gut beleuchteten und durchlüfteten Tunnels 8m unter den Straßen Pekings. Auch in anderen Städten steht ein ähnliches System kurz vor der Vollendung. Pekings von Schulen, Geschäften, Betrieben und Fabriken aus direkt zugängliche Luftschutzanlagen wurden mit Krankenhäusern, Schlafräumen, Vorratskammern und Kantinen ausge-

stattet; ein Fernsprech- und Fernsehtznetz, fließendes Wasser, sanitäre Anlagen sowie ein modernes Luftfiltersystem sind bereits betriebsbereit. Das Pekinger Luftschutzsystem, das dem größten Teil der Bevölkerung der Hauptstadt bei einem potentiellen Bombenangriff Schutz gewährt, soll auch weitgehenden Schutz gegen eine atomare Detonation bieten. Die neue Anlage ersetzt ein nach den chinesisch-sowjetischen Grenzwischenfällen im Dezember 1969 in Angriff genommenes kleineres System, das nur 4m unter die Straßendecke Pekings reichte und sich als zu klein und primitiv erwiesen hat. Die chinesische Regierung greift damit eine Tradition der Volksmiliz im Krieg gegen die Japaner wieder auf. Damals führten die Chinesen auf dem flachen Land in Nordchina einen Tunnelkrieg, bei dem allein in Zentral-Hupei die Japaner durch ein unterirdisches Netz von 12 500 km verunsichert wurden (PRu Nr.26, 4.7.72, S.12, FAZ 27.10., Times 25.10.).

(39) 400 000 Jugendliche aufs Land

Im laufenden Jahr haben bereits 400 000 Jugendliche mit einer Mittelschulbildung die Städte verlassen und sind aufs Land gegangen, um sich dort in den sozialistischen Aufbau zu integrieren. Die chinesische Presse hebt besonders hervor, daß ein hoher Prozentsatz von Kindern verantwortlicher Kader und Parteifunktionäre ebenfalls an der Landverschickung teilnehmen (PRu, 26.9.).

(40) Neubesetzungen im Regierungsapparat

Der Regierungsapparat ist als einziges Organ der chinesischen Führung nach der Kulturrevolution nicht ergänzt worden. Allgemein war damit gerechnet worden, daß die Vakanzen vor dem seit Jahren überfälligen 4. Nationalen Volkskongreß aufgefüllt werden würden. Das Ausbleiben desselben läßt auf erste Differenzen in den einzelnen Führungsgruppen schließen, die sich offenbar über die Neubesetzung von Schlüsselpositionen (Staatspräsident, Verteidigungsminister etc.) nicht einigen können. Wenn nun im Oktober gleich drei Ministerposten und eine Reihe anderer, vor allem im Bereich des Pressewesens, neu besetzt wurden, so läßt dies auf eine gestärkte Position Chou En-lais schließen, der als Regierungschef für Neubesetzungen verantwortlich zeichnet. Als Tendenz der Neubesetzungen zeichnet sich ab: Kader aus dem zweiten und dritten Glied treten ins erste vor. Li Chen, der neue Minister für öffentliche Sicherheit, war seit 1967 stellvertretender Minister im gleichen Ressort; Chang Wen-pi, der neue Minister für Wasser- und Energiewirtschaft, war erst 1970 als Funktionär in dieses Ministerium gekommen, nachdem er zuvor Politikkommissar im Militärdistrikt Anhui gewesen war; Yü Ch'ü-li, der neue Vorsitzende der Plankommission, war seit 1958 Minister für Ölindustrie. Alle drei haben eine militärische Vergangenheit. Yü ist Generalleutnant, Li Generalmajor, der militärische Rang von Chang, der erst in der Kulturrevolution auftaucht, ist unbekannt.

(Weitere Einzelheiten zu diesen und andere Neubesetzungen siehe unter 'Personalien'.)

(41) Erweitertes Sendeprogramm für Minoritäten

Zusätzlich zum khasakischen, nighurischen und mongolischen Inlandsdienst von Radio Peking ist Koreanisch als weitere Minoritätensprache hinzugekommen. Pro Tag werden dreimal 45 Minuten ausgestrahlt (MD, 6.10.).

(42) Chefs der Nachrichten-Agentur "Hsinhua" und der "Volkszeitung"

Während auf den Posten des in der Kulturrevolution seiner Funktion enthobenen ehemaligen Direktors der Nachrichtenagentur "Hsinhua" Wu Leng-shi der erfahrene Presse-Funktionär Chu Mu-chih nachgerückt ist, traf Wu (C.a. Sept.72, S.26) erstmals am 13. Oktober als "führendes Mitglied" der Pekinger Volkszeitung mit britischen Zeitungsverlegern und Chefredakteuren zusammen (Hsinhua engl., 12. und 13.10.72).

Innenpolitik-Taiwan

(43) Chiang Kai-shek erkrankt

Es gibt nicht von der Hand zu weisende Indizien für eine schwere Erkrankung von Chiang Kai-shek: Erstmals, seitdem die Nationalisten 1949 sich in Taiwan niederließen, trat der Generalissimo zu den Feierlichkeiten des Doppelzehnten (Nationalfeiertag) nicht persönlich auf. An seiner Stelle verlas Vizepräsident C.K. Yen die traditionelle Oktoberrede. Madame hatte bereits am 28.9. erklärt, ihr Gatte erhole sich von einer leichten Indisposition; am Nationaltag ließ sie erneut einfließen, daß der Präsident noch der Ruhe bedürfe (FEER, 21.10.).

KULTUR

(44) Aufbau der Universitäten

"Hsinhua" berichtet (NCNA, 26.9.) über den Aufbau und die Arbeitsweise der Pekinger Universität. Das Lehrpersonal umfasse 2000 Personen und unterrichte in 60 Fächern. 1968 sei ein aus Arbeitern und Angehörigen der VBA bestehendes Propagandeteam der Mao-Tse-tung-Ideen in die Universität gekommen, um die Studenten und Dozenten bei der Kritik des alten Bildungssystems zu leiten. Der neue KP-Ausschuß der Universität sei 1971 etabliert worden; er wache über die richtige Linie in der Bildungspolitik und organisiere die Studenten zum Einsatz in Fabriken, auf dem Lande und in Einheiten der Armee, auf daß sie dort umerzogen werden. Seit 1970 seien mehr als 4000 neue Studenten aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten aufgenommen worden. Ihr Durchschnittsalter betrage 20 Jahre. Abgesehen von ihrer Schulbildung hätten sie alle mindestens zwei Jahre, manche sogar bis zu acht Jahre praktische Berufsarbeit hinter sich. Sie hätten ihre Bewerbung um Zulassung zum Universitätsstudium an ihrem Arbeitsplatz einzureichen und seien dabei auf die Empfehlungen ihrer Arbeitskameraden angewiesen. Wenn die Leitung des Arbeitsplatzes den Antrag gebilligt habe, liege die letzte Entscheidung bei der Universität. Sämtliche Studenten werden auf Staatskosten untergebracht, ernährt und medizinisch betreut. Wer bereits fünf Jahre oder mehr vorher gearbeitet hat, erhält sein reguläres Gehalt weiter. Die Unterrichtsdauer an der Universität sei vorerst auf 3-4 Jahre festgesetzt. Ein Viertel jeden akademischen Jahres verbringen die Studenten in Fabriken ihres Fachgebietes. Die Studenten und Dozenten befassen sich seit einigen Jahren auch mit der Revision der alten und der Abfassung neuer Lehrbücher. Während die Studenten der Naturwissenschaften und der Technik ihren Arbeitseinsatz in Fabriken ableisten, widmen die Studenten der Philosophischen Fakultät (Studium